

1 € Stundenlohn?

Seit nunmehr 4 Wochen gehen in Deutschland Montag für Montag zigtausende von Erwerbsarbeitslosen auf die Straßen, um gegen den Feldzug, den Regierung und Wirtschaftskapitäne gegen die Arbeitslosen führen, zu protestieren. Denn es handelt tatsächlich um eine **Kriegserklärung gegen die Armen**, wenn Hartz IV, ein Paket zur radikalen ökonomischen und sozialrechtlichen Enteignung der sozial schwächsten Gruppe, durchgedrückt wird. Hartz, VW-Personalvorstand und Mentor der Regierung Schröder, die mit der Übertragung der politische Gestaltungsaufgabe an die Wirtschaft eigentlich bereits abgedankt hat, will Arbeitslosen auch noch die Reste, die ihnen nach den vorhergegangenen Einsparungspaketen geblieben sind, abräumen. Arbeitslose im Westen werden generell auf **345 €** gesetzt, im Osten geziemt noch mehr Bescheidenheit mit satten **331 €**.

Als flankierende Maßnahme werden die letzten Notgroschen geplündert. Sämtliche Vermögen und Einkommen werden bis auf einen Restbestand, der gerade für ein halbes Jahr Überleben reicht, auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet. Kosten für Unterkunft und Heizung – von Wohnen ist im Quellentext bezeichnenderweise nicht die Rede – werden nur übernommen, wenn diese angemessen sind. Kein Grund zur Angst für Miethaie, für Unterkunft nach Maß hat schon der Bedürftige selbst zu sorgen. Und wenn das Geld nicht hinten noch vorne reicht: das ist schon Absicht, denn erstens muss schon ein gewisser Anreiz da sein: wie sonst könnte sich jemand um Arbeit bemühen, wenn er nicht von bitterster Armut gepeinigt ist; und zweitens kann sich ja jeder, wenn er schon nicht gleich den Traumjob findet, ein Taschengeld dazuverdienen: Dafür sind Jobs für **1€ Stundenlohn** nämlich ab sofort zumutbar.

Was hat denn das alles mit uns zu tun?

Befinden wir uns wirklich auf der Insel der Seeligen?

In Österreich ist die Notstandshilfe zwar an das vorangegangene Einkommen gebunden; in Zeiten sinkender Reallöhne zieht das die Nettoersatzrate nach unten. Die letztendlich ausbezahlte **Notstandshilfe wird zudem über Jahre hinweg eingefroren**. Im Schnitt muss in Österreich ein arbeitsloser und Notstandshilfe beziehender Mann mit runden **600 €** sein Auslangen finden, eine Frau gar nur mit **477 €**. Davon sind Miete, Telefon, Heizung zu bezahlen; wenn es nicht reicht, wird nach Ermessen des zuständigen Bundeslandes vom Sozialamt zugeschossen. Dass die Richtlinie der angemessenen Miethöhe auch bei uns rigoros gehandhabt wird, wissen die Betroffenen wohl. Denn auch bei uns geht eine allfällige Überschreitung der Miete zu Lasten der AntragstellerInnen. Was nach Abzug aller Kosten noch zum Leben übrig bleibt, hält sich meist ungefähr auf deutschem Niveau. Schon vergangenes Jahr machte man sich auch bei uns auf höchster Regierungsebene Gedanken über eine Vereinheitlichung und Zusammenlegung von Notstandshilfe und Sozialhilfe. Und das, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem Urteil vom 16. September 1996 klargestellt hat, dass das durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz eingeräumte Recht auf Notstandshilfe eine Sozialversicherungsleistung und keine Leistung der Fürsorge ist. Und obwohl der österreichische Verwaltungsgerichtshof nachzog und einen entsprechenden Bescheid erließ.

Da die Gemeinden dagegen Protest einlegten und auch der ganze Plan noch nicht recht ausgereift war, verschwand die Idee vorerst von der Bildfläche. Das Misstrauen bleibt allerdings, dass der Entwurf nicht etwa abgetan, sondern nur „verbessert“ und nach erfolgter Harmonisierung mit dem AIVG und Feinabstimmung mit den Bedürfnissen der Wirtschaft der Öffentlichkeit aufs Neue präsentiert wird, und diesmal verbindlich.

Was würde das bedeuten?

Eine **drastische Senkung des sozialen Schutzniveaus**. Die Betroffenen sind, da die Beantragung auf Gemeindeebene erfolgt, verstärkter sozialer Kontrolle ausgeliefert.

Sozialhilfe wird derzeit in einer Bandbreite von **328€ bis 496€** ausbezahlt. Nach einer allfälligen bundeseinheitlichen Regelung wird, das kann man wohl vermuten, der Richtsatz eher in der Mitte liegen, den Wert des großzügigsten Bundeslandes aber kaum überschreiten.

Freilich muss dafür zuerst der **Nachweis der Mittellosigkeit** erbracht werden. Besitzt man ein Auto, muss dieses verkauft werden. Das Gleiche gilt für Güter, die einen größeren Wert darstellen, wie etwa eine Wohnung. Außerdem muss Sozialhilfe zurückgezahlt werden, wenn die Person unverhofft zu Geld oder Erbe kommt. Wenn sie es nicht tut, gilt **Sippenhaftung**: Die Verwandten müssen in die Tasche greifen.

Man soll den Teufel nicht an die Wand malen?

Angesichts des europa- und weltweiten wütenden, neoliberalen Wahnsinns, in dem int. Konzerne und Finanzmärkte immer billigere Arbeit und die Abschaffung von Sozial- und Arbeitsrechten erpressen, kann man sich noch auf einiges gefasst machen.

Es ist fast schon an der Tagesordnung, dass Konzerne **Massenkündigungen** vornehmen und deren Börsenkurse dann enorm hinaufschnellen. Es reicht nicht mehr, wenn ein Unternehmen mit Gewinn arbeitet. Es muss im Kampf um die Share-Holder den vergleichsweise größten Gewinn machen.

So hat der Daimler "Manager" Jürgen Schrepf von seinen Mitarbeitern 500 Mill. € jährlich ERPRESST, indem er mit einer Standortverlagerung gedroht hat. Dieser feine Herr, der sich gleichwohl nur „rational“ verhält, bezieht dafür eine 11 Mill. € Jahresgage. Wo Investitionen die maximale Rendite gefährden, springt die öffentliche Hand ein nach dem Muster: Öffentliche finanzieren – Private sahnen ab. Wie etwa beim "Kombilohnmodell": Niedriglöhne, bei denen der Steuerzahler den Großteil bezahlt und die Wirtschaft dafür tausende Mitarbeiter entlässt, um "Kombilohn"-Mitarbeiter einzustellen.

Mit dem Hinweis auf die Gefährdung des Wirtschaftsstandortes hält man die Ansprüche derer gering, die noch Arbeit haben. Der Standort soll für Investoren attraktiv sein, die Bedürfnisse der Beschäftigten sind dabei nachrangig. Das Streben nach einem guten Leben scheint schon unvernünftig, da der gute Schnitt allein den Vorteil sichert. Vernunft ist, wenn die Kasse klingelt. Sicherheit soll es, so die Agenda des Kapitalismus, vor allem für die Rendite geben und für die **Aufrechterhaltung der Lüge, dass Wettbewerb und Einzelinteresse zu allgemeinem Wohlstand führt**. Sie entlarvt sich sowieso, wenn man Arbeitslose zwingt, zu Billigstlöhnen zu arbeiten, damit sie auch noch der erbärmlichsten Sklavenbude in Pakistan mit den allerelendsten Lebens- und Arbeitsbedingungen Konkurrenz machen können. Nicht einmal die Gewerkschaften überschreiten den Horizont der Standort-Doktrin.

Profit sichert keine Arbeitsplätze, führt nicht zu sicherem Einkommen. Widerstand ist allerorten angesagt und internationale Solidarität darf in Anbetracht der brutalen Durchsetzung der menschenverachtenden neoliberalen Doktrin kein Schlagwort sein. Kapitalismus agiert international, deshalb muss auch der Widerstand international werden.

Die Erwerbsarbeitsloseninitiativen

AMSand:

Zum Alten Eisen:

Igel:

<http://www.amsand.at.tt/>

<http://www.zum-alten-eisen.org/>

<http://www.igel.at.tt>